

## COMMUNIQUE

# Technologischer Fortschritt zuerst

Mit grosser Freude hat der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS das deutliche dreifache Nein von Volk und Ständen zu den Energievorlagen zur Kenntnis genommen. Der Souverän hat damit klar gemacht, dass er genug hat von immer neuen Steuern und Abgaben. Der FRS erwartet nun von Bundesrat und Parlament, dass diese in Zukunft in erster Linie eine pragmatisch bevölkerungs- und wirtschaftsorientierte statt eine fiskalpolitisch gefärbte und ökologiezentrierte Energiepolitik betreiben.

Der Grund, warum alle drei Energievorlagen an der Urne bachab geschickt worden sind, ist klar: Die Stimmbürgerin und der Stimmbürger haben genug von immer neuen Steuern und Abgaben. Sie und er wollen unter anderem keine weitere Verteuerung des Treibstoffes um rund 20 Rappen. Das ist absolut verständlich, denn bereits heute geben sie beim Tanken rund 60 Prozent des Zapfsäulenpreises dem Bund als Steuern ab. Nebst den zwei „Subventionsvorlagen“ (Solarinitiative und Förderabgabe) wurde auch die Energielenkungsabgabe für die Umwelt klar verworfen. Die Stimmenden haben richtigerweise erkannt, dass mit diesem Prestigeobjekt von Bundesrat und Parlament eine allfällige CO<sub>2</sub>-Abgabe längst nicht vom Tisch ist und dass sie am Schluss allenfalls sogar doppelt zur Kasse gebeten worden wären.

Der Strassenverkehrsverband FRS ist fest davon überzeugt, dass nachhaltige Fortschritte im Umweltschutz vor allem über technologische Innovationen erreicht werden. Verbesserungsmassnahmen in der Motoren- und Fahrzeugtechnologie (Stichworte Katalysator, Brennstoffzellen- bzw. Hybridantrieb, Aluminium-Karosserie) sind zwar in der Regel kostenintensiv. Dafür sind sie effizient und garantieren – im Gegensatz zu Massnahmen, die auf Verzicht und Beschränkung abzielen – nachhaltige Mobilität. Grössere Aussicht auf Erfolg ist nach Auffassung des FRS gegeben, wenn die finanziellen Mittel der Verkehrsteilnehmer in die

technischen Umweltmassnahmen investiert statt mit fragwürdigen Lenkungsabgaben durch den Staat abgeschöpft werden.

Der Strassenverkehrsverband FRS fordert den Bund jetzt auf, bei der gesetzgeberischen Reglementierung zur beschleunigten Einführung neuer, schadstoffreduzierenden Technologien bei Motorfahrzeugen die weltweite Entwicklung zu berücksichtigen und strikte im Einklang mit der EU zu handeln. Konkret verlangt der FRS beispielsweise, dass die Einführung von schwefelfreiem Treibstoff vorangetrieben und dessen Absatz allenfalls mit einer entsprechenden Preisdifferenzierung gefördert wird.

Bern, den 24. September 2000